



Armutszeugnis für Frau Nahles

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 06. September 2017

„Die Mini-Erhöhung des Hartz-IV-Satzes durch die Große Koalition zementiert die Armut von Millionen Menschen und Familien. Die prozentuale Erhöhung liegt unter der Preissteigerung für Lebensmittel in diesem Jahr. Mit dieser Entscheidung werden auch weiterhin Millionen Kinder dazu verdammt, in Armut aufzuwachsen. Nötig wäre mindestens eine Grundsicherung in Höhe von 556 Euro monatlich, so wie es auch der Wohlfahrtsverband Diakonie fordert“, kommentiert Sahra Wagenknecht die vom Bundeskabinett beschlossene Erhöhung des ALG-II Regelsatzes auf 416 Euro im Jahr 2018. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl weiter:

„Das von CDU/CSU bis zur SPD gefeierte Hartz-IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Wir wollen keine menschenunwürdige Zwangsmühle, die Lohndumping befördert, indem sie Erwerbslose in Billigjobs und Leiharbeit zwingt. Stattdessen brauchen wir gute Arbeitsplätze für alle. Außerdem muss das Arbeitslosengeld I deutlich länger gezahlt werden,

denn es ist und bleibt ein Skandal, dass Menschen, die viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, bereits nach einem Jahr in Hartz IV landen.“